

Bundesseniorenvorstand Ohne Rechtsstaat keine Demokratie – ohne Polizei kein Rechtsstaat

Der Bundesseniorenvorsitzende Winfried Wahlig betont: „Es ist die besondere Perspektive derer, die über Jahrzehnte die Entwicklung der deutschen Demokratie und der Polizeien miterlebt und mitgeprägt haben. Deshalb bringt der Bundesseniorenvorstand der Gewerkschaft der Polizei seine große Besorgnis zu den aktuellen Entwicklungen zum Ausdruck.“

Die Ausgangslage

Mit dem Positionspapier „**Halt geben – Haltung stärken**“ und den begleitenden Gesprächen mit verantwortlichen Politikern der demokratischen Parteien im Bund und in den Ländern hat die GdP einen Beitrag zur Versachlichung geleistet.

Die Unterstellungen der letzten Monate, in der Polizei gäbe es in großen Teilen demokratiefeindliche Umtriebe, haben in vielerlei Hinsicht eine neue Dimension erreicht. Dazu kommt ein zunehmend unübersichtlich werdendes Demonstrationsgeschehen. Politikerinnen und Politiker betrachten das Einsatzgeschehen sehr stark aus dem jeweiligen politischen Blickwinkel und kritisieren das polizeiliche Handeln.

Tagtäglich berichten die Medien von Demonstrationen mit massiven Angriffen auf Polizei und sonstige Einsatzkräfte. Die Gewalt nimmt zu! Bürgerinnen und Bürger lassen ihren Frust über politische Entscheidungen an der Polizei aus. Das ist einer Demokratie nicht würdig!

Die Geschichte nicht vergessen

Viele der heutigen Polizeiseniorinnen und -senioren haben in den 60er und 70er Jahren noch mit Kollegen Dienst verrichtet, die das Ende der Weimarer Republik, die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten erlebt und den Zweiten Weltkrieg überlebt haben. Die Verantwortung der heutigen Polizeien der Länder und des Bundes ist es, nicht den Hauch einer Befürchtung aufkommen zu lassen, die Polizei könne noch einmal von faschistischen und extremistischen Kräften vereinnahmt und für ihre Zwecke instrumentalisiert werden.

Verfassungsfeinde haben in der Polizei nichts zu suchen.

Jeder bekannt gewordene Vorfall von Verharmlosung, Verbreitung und Unterstützung von extremistischem Gedankengut durch Polizeibeschäftigte ist einer zu viel. Die öffentliche Empörung ist nachvollziehbar und es bedarf der konsequenten Aufklärung und Ahndung. Dennoch gibt es keinen Grund, die Polizei in ihrer Gesamtheit zu verunglimpfen und in die extremistische Ecke zu stellen.

Die Gewerkschaft der Polizei setzt sich seit über 70 Jahren für demokratisch verfasste und legitimierte, rechtsstaatliche Polizeien ein. Sie sind elementarer Bestandteil unseres demokratischen Gemeinwesens. Wir stehen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und für eine offene und bürgernahe Polizei. Verfassungsfeinde haben in der Polizei nichts zu suchen.

Demokratische Widerstandskraft - „Resilienz“ stärken.

Die Abgrenzung zum Linksextremismus fällt angesichts des zum Teil gewalttätigen Demonstrationsgeschehens und der rigorosen Ablehnung staatlicher Autorität nicht schwer. Rechtsradikale und Rechtsextreme nähern sich hingegen der Polizei oft auf subtile und anbiedernde Art und Weise. In deren Weltbild ist die Polizei als Instrument der angestrebten rechtsnationalen Diktatur von fundamentaler Bedeutung. Es geht darum, die Polizistinnen und Polizisten gegen solche „freundlichen Angriffe“ immun zu machen, ihre „demokratische Resilienz“ zu stärken.

Die GdP folgt einem ethischen Wertekompass. Der Bundesseniorenvorstand fordert alle Polizeibeschäftigten auf, eindeutig Haltung zu zeigen und gegen links- und rechtsextreme Ansichten klar Stellung zu beziehen. Das Eintreten gegen Rassismus, Hass und Gewalt gehört zur Grundeinstellung eines/einer jeden Polizeibeschäftigten. Es ist notwendig, diese Haltung über ein gesamtes Dienstleben hinweg und auch im Ruhestand selbstbewusst zu vertreten.

Wer Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten anwendet, richtet sich gegen unser demokratisches Gemeinwesen.

Polizistinnen und Polizisten sind die sichtbaren Vertreter des demokratischen Rechtsstaates und sorgen dafür, dass die gesellschaftlichen Regeln und Gesetze eingehalten werden. Es ist ihr Selbstverständnis, Tag und Nacht für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Wir verstehen uns als Bürgerpolizei. Wer Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten anwendet, richtet sich nicht nur gegen unser demokratisches Gemeinwesen, sondern verletzt, beleidigt und erniedrigt auch den Menschen, der in der Uniform steckt. Dieses muss spürbare Konsequenzen haben. Polizeiarbeit ist schwieriger und komplexer geworden und gleichzeitig das gesellschaftliche Umfeld wesentlich sensibler. Heutige Kommunikationsmethoden sind

hilfreich, wenn es um schnelle Informationsverbreitung geht. Sie wirken aber auch wie Brandbeschleuniger, wenn ungeprüft Hass, Hetze und Håme verbreitet werden. Die Macht der Bilder, die oftmals zielgerichtet selektiert und bearbeitet werden, erzielt eine verheerende Wirkung.

Sicherheit und Ordnung sind Hygienefaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Sicherheit und Ordnung sind für unser Gemeinwesen unabdingbar. Deren Einhaltung muss eine Selbstverständlichkeit sein. Wer die gesellschaftlichen Normen verletzt, muss Konsequenzen tragen. Für die Gesetz- und Verordnungsgeber gilt: Wer Normen setzt, muss auch willens sein sie durchzusetzen.

Von den Parlamenten erwarten wir mehr Interesse und Rückhalt sowie das Bewusstsein, dass es die Polizei ist, die an den durch politische Entscheidungen entstandenen Bruchkanten unserer Gesellschaft arbeitet.

Bürger und Polizei – wir brauchen uns.

Die Polizei versteht sich als Bürgerpolizei und ist rund um die Uhr für die Bürgerinnen und Bürger da. Transparenz polizeilichen Handelns, sowie offene und ehrliche Bürgerbeteiligung sind die Gebote der Stunde.